

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

I 0247/2025 (VWD)

Interpellation Samuel Beer (GLP, Oberdorf): Naturgefahren und Klimawandel: Einbezug der Folgen des Klimawandels auf Naturgefahren in Planung und Entscheidungsprozesse (12.11.2025)

Kantone und Gemeinden müssen beim Planen und Bauen den Schutz vor Naturgefahren berücksichtigen. Ziel ist es, das Risiko von Schäden langfristig zu verringern – zum Beispiel bei Hochwasser, Rutschungen, Steinschlag oder Hangmuren. Diese Gefahren nehmen zu. Gründe dafür sind einerseits das Wachstum von Siedlungen und Infrastrukturen in gefährdeten Gebieten, andererseits der Klimawandel. Dessen Folgen spüren wir bereits heute – etwa durch häufigere starke Regenfälle, Hitzewellen oder Hochwasser.

In Zukunft ist mit noch häufigeren und heftigeren Extremereignissen zu rechnen. Besonders Starkniederschläge werden in allen Jahreszeiten zunehmen, vor allem im Winter. Untersuchungen des Bundes (z. B. BAFU, WSL, Eawag, ETH) zeigen, dass sich die Auswirkungen des Klimawandels bereits deutlich messen lassen:

- Mehr kurze, heftige Regenfälle führen zu Überschwemmungen und Oberflächenabfluss.
- Höhere Temperaturen verursachen mehr Erosion und verändern die Boden- und Hangstabilität.
- Veränderungen bei Vegetation, Wasserhaushalt und Schneeschmelze können neue Rutschungen und Muren auslösen oder bestehende Prozesse verstärken.
- Naturgefahren treten zunehmend auch in Gebieten auf, die bisher kaum betroffen waren.

Je nach Region sind die Folgen unterschiedlich: mehr Hitzetage, längere Trockenphasen, höhere Hochwasserrisiken, häufigere Stürme oder Schäden an Böden, Wäldern und Gebäuden. Diese Unterschiede müssen in der Planung berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die heutigen Grundlagen und Instrumente der Raumplanung im Kanton Solothurn noch aktuell sind – und was es braucht, um die neuen Risiken besser einzubeziehen.

Darum ersuchen wir den Regierungsrat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen des Klimawandels auf Naturgefahren im Kanton Solothurn ein?
2. Welche Prognosen oder Studien liegen dazu vor, und wo sind diese zugänglich? In welchen kantonalen Planungsinstrumenten (z. B. Richtplan, GIS-Daten) sind Naturgefahren berücksichtigt?
3. Gibt es im Kanton aktuelle Analysen zu klimabedingten Risiken (z. B. Häufigkeit, Schadenshöhe, betroffene Regionen)?
4. Wo bestehen Lücken oder veraltete Grundlagen?
5. Beruhen die heutigen Gefahrenkarten und Bauvorschriften auf alten Klimadaten, und müssen sie angesichts veränderter Bedingungen angepasst werden?
6. Verfügt der Regierungsrat über eine Strategie, wie Schäden durch den Klimawandel verhindert oder behoben werden sollen?
7. Wie werden Klimarisiken in die kantonale Finanzplanung und in die Risikomodelle der Gebäudeversicherung (SGV) einbezogen – insbesondere in Bezug auf Prämien?
8. Wer soll künftig für vorbeugende Massnahmen und die Behebung von Schäden aufkommen – Kanton, Gemeinden oder Private?
9. Welche zusätzlichen Massnahmen könnten Kanton und Gemeinden ergreifen, um die

Raumplanung stärker auf die Prävention von Naturgefahren auszurichten?

10. Ist der Regierungsrat bereit zu prüfen, ob Planungsgrundlagen und Entscheidungsprozesse angepasst werden müssen, um den Schutz von Bevölkerung, Natur und Infrastruktur zu verbessern?
11. Wie will der Regierungsrat Eigentümer und Eigentümerinnen und Bewohner und Bewohnerinnen über Prävention und richtiges Verhalten in Notsituationen informieren und sensibilisieren?

Begründung 12.11.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Beer Samuel, Bill Remo, Fröhlicher Silvia, Gantenbein Laura, Gerke David, Hirt Nicole, Lüthi Thomas, Nünlist Luc, Nussbaumer Georg, Steggerda John, Studer Thomas, Widmer Bettina (12)